

Öffentliche Darstellung von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen in Deutschland

Mandy Schmidt

(Seminar Exemplarische Vertiefung in Geschichte
und/oder Theorie Sozialer Arbeit,
SoSe 2011)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort - Allgemeines über Arbeit	3
2. Arbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland.....	4
2.1 Zahlen.....	5
2.2 Wandel des Sozialstaates	7
3. Personifizierte Arbeitslosigkeit – der „Hartz-IV-Empfänger“	8
3.1 Der typische „Hartz-IV-Empfänger“	8
3.2 Thema Regelsätze und Lebensweise	11
3.3 Thema Vorurteile und Leistungsmissbrauch	13
4. Darstellung in den Medien.....	15
4.1 Einfluss der Politik.....	15
4.2 Ausgewählte Zitate und Darstellungen	18
4.2.3 Darstellung von Arbeitslosen im Fernsehen - Formatbeispiele .	27
4.3 Wandel mit dem Zeitgeist	29
5. Fazit	30
6. Quellenverzeichnis	32
Literatur, Veröffentlichungen.....	32
Online.....	32

1. Vorwort - Allgemeines über Arbeit

Arbeit ist in unserem Leben und Verständnis etwas Selbstverständliches. Sie hat einen hohen Stellenwert und spielt eine zentrale Rolle bei der Selbstdefinition bzw. Identitätsbildung. Sie legt unseren Status in der Gesellschaft fest, Erfolg und Scheitern sind aufs Engste mit der Arbeit verbunden. Gemeint ist dabei immer der Beruf, der Job, den jemand (erlernt) hat und ausübt. Obgleich der Begriff „Arbeit“ eine riesige Bandbreite von Tätigkeiten umfasst, geht es beim Thema Arbeit ausschließlich um die (meist abhängige) Erwerbsarbeit, die entlohnt wird.¹ Im Gegensatz dazu stehen Arbeiten, die nicht dem Erwerb des Lebensunterhalts dienen, wie die innerhäusige Haushalts- und Erziehungsarbeit. Mit der Trennung von außerhäusiger Erwerbsarbeit und innerhäusiger Haushaltsführung im Zuge der Industrialisierung erfolgten Determinierungen auf mehreren Ebenen, insbesondere eine Statuszuweisung, denn die Erwerbsarbeit wird im Gegensatz zur Haushaltstätigkeit bezahlt, wohingegen die Aufgaben der Haushalts- und Erziehungsarbeit nicht entlohnt werden, damit zur Unselbständigkeit der ausführenden Person beitragen und (entgegen vieler öffentlicher Diskussionen um Emanzipation etc. auch heute noch) zumeist den Frauen zufallen, und somit die „klassische“ Rollenverteilung verstärken bzw. die Benachteiligung von Frauen forcieren.² Seit den Anfängen der Industrialisierung hat sich auch etwas in diesem Zusammenhang Entscheidendes kaum verändert: Frauen verdienen weniger als Männer, in Deutschland auch heute noch durchschnittlich 23% weniger (gender pay gap).³

¹ Andreas Eckert, Arbeit und Generation in globalgeschichtlicher Perspektive, in: humboldt-spektrum 2-3/2009, 2009, S. 114 ff. (Forschung zum Thema »Arbeit und Generation in globalgeschichtlicher Perspektive« - Internationales Geisteswissenschaftlichen Kolleg - Projekt des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2008 – 2015)

² Ulrich Lakemann, Familien- und Lebensformen im Wandel, Verlag Lambertus, 1999, S.18 ff.

³ Vgl.

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/10/PD10__384__621,templateId=renderPrint.psm1

In der öffentlichen Diskussion steht heute also ein sehr verengter Begriff von „Arbeit“, der den aktuellen Bedingungen nicht gerecht wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist z. B. auch kritisch zu betrachten, dass dieses enge Arbeits-Verständnis auch systematisch verankert ist und unser heutiges „...System des umverteilenden Sozialstaats an das Lohnsystem...“ gekoppelt ist und auf Abgaben aus diesem aufbaut.⁴ Angesichts von Entwicklungen wie dem „jobless growth“, das bei weitem kein neues Phänomen ist, gerät dieses System zunehmend in Schwierigkeiten, wobei der politische Lösungsansatz - dem Marktdiktat und daraus abgeleiteten Sparzwängen folgend - zumeist „Kürzungen im Sozialbereich“ heißt, was aber nicht die Ursache des Übels angreift und damit auch keine langfristige Lösungsperspektive sein kann. Es führt lediglich zu immer mehr Benachteiligung und Ausgrenzung der Betroffenen und unterläuft damit nicht nur das Sozialstaatsprinzip, sondern gefährdet überdies auch den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Es kommt zu einer Spaltung der Gesellschaft nicht nur in Arm und Reich, sondern auch in ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, in Chancenträger und Abgehängte. Schon seit Jahrzehnten gibt es Ideen von WissenschaftlerInnen, aber auch VertreterInnen der Wirtschaft dazu, Arbeit zumindest gerechter zu verteilen, z. B. mittels einer Vier-Tage-Woche.⁵ Dies wurde bisher nicht umgesetzt oder ernsthaft breit diskutiert. Derzeit fordert Die Linke in ihrem aktuellen Positionspapier eine 30 Stunden-Woche.

2. Arbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland

Für Notzeiten wie die Arbeitslosigkeit bestehen in Deutschland als sozialem Bundesstaat Hilfesysteme, die helfen sollen, einen angemessenen Lebensstandard zu sichern und die Notlage zu überwinden. Im Falle der Arbeitslosigkeit sind das die Angebote der Arbeitsförderung und -vermittlung

⁴ Jürgen Borchert, Wir haben das Schlimmste noch vor uns, in: Freilaw – Freiburg Law Students Journal, 2/2009, S.3

⁵ Vgl. http://www.zeit.de/1996/02/1996_-_das_Jahr_der_Grossen_Koalition_, Die Zeit, 02/1996

sowie monetär das Arbeitslosengeld I (im Folgenden ALG I) und danach das Arbeitslosengeld II („Hartz IV“, im Folgenden ALG II).

2.1 Zahlen

Ca. 41 Mio. Menschen sind in Deutschland erwerbstätig, davon 28,2 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. (Rest v.a. Selbstständige mit 4,4 Mio., geringfügig Beschäftigte 4,9 Mio. Menschen) 5,3 Mio. Menschen bezogen im Juni 2011 Lohnersatzleistungen, davon ca. 700.000 ALG I und knapp 4,6 Mio. Menschen ALG II. Als arbeitslos gelten im Juni 2,9 Mio. Menschen, davon fallen ca. 30 % unter das SGB III und 70 % unter das SGB II. 1,3 Mio. Menschen befanden sich in einer sog. arbeitsmarktpolitischen Maßnahme, davon 180.000 in einer MAE. Ca. 900.000 Menschen sind länger als 12 Monate arbeitslos, also langzeitarbeitslos. Ca. 1,3 Mio. Menschen bezogen zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen ALG II, sog. AufstockerInnen. Demgegenüber gab es 480.000 der Arbeitsagentur gemeldete offene Arbeitsstellen. Bezieht man die offenen Stellen mit ein, die der Agentur nicht gemeldet werden, gibt es schätzungsweise 1 Mio. offene Stellen.⁶

Das heißt: Je nach Betrachtungsweise kommt auf fünf bzw. auf drei Arbeitslose eine offene Arbeitsstelle. Eingerechnet in diese Betrachtung ist nicht die verdeckte Arbeitslosigkeit, also Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht beim Arbeitsamt melden und somit auch keine Leistungen beziehen. Als arbeitslos werden auch verschiedene Personengruppen nicht gezählt, wie z. B. all jene, die in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme wie einer Weiterbildung oder MAE stecken, oder über 58 Jahre alt sind und seit über einem Jahr kein Arbeitsangebot mehr erhalten haben, oder auch Menschen, deren Betreuung aus den JobCentern „ausgelagert“ ist.

In jedem Fall ist ersichtlich, dass es nicht für alle Arbeitslosen genügend Arbeitsstellen gibt. Daraus folgt, dass der stetig zunehmende Druck auf

⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht Juni 2011, Nürnberg 2011, S. 10 ff.

Arbeitslose, sich einen Job zu suchen, keine reelle Grundlage hat und AnsprechpartnerInnen für eine Wiedereingliederung in Arbeit nicht nur die Arbeitslosen sein müssten, sondern ebenso ArbeitgeberInnen - also Unternehmen, aber auch öffentliche Institutionen in den Kommunen -, bei denen Arbeitsplätze bestehen können. ArbeitgeberInnen wären auch AnsprechpartnerInnen für diverse Ursachen prekärer Beschäftigung und daraus oft folgendem Arbeitsplatzverlust (und damit Arbeitslosigkeit) wie befristete Beschäftigung, Zeitarbeit etc. Noch eine Ebene höher wären die AnsprechpartnerInnen für solche Entwicklungen die Politik, die solche Möglichkeiten durch Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes erst geschaffen hat. Stattdessen besteht ein grundlegendes Übel in der Betrachtung von Arbeitslosen in der Individualisierung der Schuldfrage – immer neue Aktivierungsmaßnahmen werden erdacht, mit denen die Arbeitsbereitschaft der HilfeempfängerInnen getestet werden soll.⁷ Als ob diese die Wurzel des Problems wären. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen in den meisten Fällen nicht bei den arbeitslosen Personen selbst, sondern in den Auswirkungen von marktwirtschaftlichen Prinzipien: Wettbewerb, Konkurrenz, Gewinnmaximierung und daraus abgeleitete Kosteneinsparungen führen neben Automatisierungs- und Auslagerungsprozessen zum bereits angesprochenen „jobless growth“, also zur Stagnation oder Wegfall von Arbeitsplätzen hier auch bei steigendem Wirtschaftswachstum. Das bedeutet, Arbeitslose werden für Konsequenzen zur Rechenschaft gezogen, deren Ursachen sie in keiner Weise mitbestimmen können, und die auf ganz anderer Ebene liegen. Entsprechende Entscheidungen liegen sogar nicht mal ausschließlich bei den Unternehmen selbst, sondern es sind systemimmanente logische Ketten, die - aufgrund fehlender Regularien - solche Entwicklungen antreiben. Mithin verläuft u. a. auch die Gestaltung des eigenen Lebenslaufes nicht in eigener Verantwortlichkeit, sondern ist vom „Markt“ abhängig, mit allen Konsequenzen wie zunehmender Unsicherheit bzgl. der Lebensplanung, der materiellen und Altersabsicherung, der sozialen Einbettung etc. Nicht zuletzt schlagen sich

⁷ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Suhrkamp Verlag, 1986, S. 218 ff.

die Auswirkungen davon nieder in der Zunahme psychischer bzw. psychosomatischer Krankheiten und auch in demografischen Veränderungen.⁸

2.2 Wandel des Sozialstaates

Der deutsche Sozialstaat hat sich von einem aktiven zu einem aktivierenden Sozialstaat gewandelt und sich damit wegbewegt von seinem Anspruch, ein Auffangnetz und Sicherheit für die Menschen zu bieten in Abgrenzung zu den Konkurrenzprinzipien des freien Marktes. Stattdessen agiert er selbst nach ökonomischen Selektionsprinzipien und nach dem Prinzip des „Förderns und Forderns“. Im Vordergrund der Beschäftigungsförderung steht das Ziel der Überprüfung der Arbeitsbereitschaft, nicht mehr die soziale Sicherung. Wird die Arbeitsbereitschaft nicht gesehen, bestehen Sanktionsmöglichkeiten, die das definierte Existenzminimum – Hartz IV – noch einmal absenken können. Der aktuelle Staatenbericht der UNO kritisiert Deutschland ohnehin bereits u. a. dafür, dass die Grundsicherung keinen angemessenen Lebensstandard gewährleiste und 13 % der Deutschen unter der Armutsgrenze leben.⁹ Abgesehen von den kontraproduktiven Folgen für die Binnennachfrage (Menschen mit niedrigem Einkommen investieren -zwangsläufig- ihre Einnahmen fast komplett in den Konsum) entspricht das aber den Zielen der rot-grünen Bundesregierung, die die Agenda 2010 und damit die „Hartz-Reformen“ eingeleitet und umgesetzt hat. Damit verbunden war eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Einführung von „Hartz IV“ und damit auch die Möglichkeit zur Aufstockung sowie zu geringfügiger Beschäftigung. Das ist letztlich die Umsetzung einer größeren Strategie: 2000 fand der Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon statt, auf dem das Ziel verabschiedet wurde, dass Europa bis 2010 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt werden solle. Also ein rein ökonomisches Ziel - Wettbewerbsfähigkeit -, das den Umbau, genauer gesagt den Abbau des Sozialstaates beinhaltet. Der zeigt sich praktisch u. a. in Leistungskür-

⁸ Vgl. <http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/werdet-hysterisch/>

⁹ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/vereinte-nationen-ruegen-deutsche-sozialpolitik/4361232.html?pageNumber=1> vom 5.7.2011

zungen, in der Reindividualisierung sozialer Risiken (z. B. bei Gesundheit und Rente), im Prinzip des „Förderns und Forderns“ und in Verbindung damit in verstärkten Sanktionsmöglichkeiten. Das entspricht dem Ziel eines „schlanken Staates“, dessen Kassen leer sind.

3. Personifizierte Arbeitslosigkeit – der „Hartz IV-Empfänger“

Die bereits benannten AufstockerInnen sind in der öffentlichen Wahrnehmung wohl noch die „besseren“ Hartz-IV-EmpfängerInnen, da sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten und somit einen eigenen Beitrag zu ihrem Überleben leisten. Aus individueller Perspektive verständlich, stabilisieren sie damit ein menschenunwürdiges System. Mit dem ALG II konnte sich ein medientaugliches (polarisiertes und mit Eigenschaftszuschreibungen versehenes) Bild von Arbeitslosen, den sog. „Hartz-IV-EmpfängerInnen“ herausbilden. In Abgrenzung zu den Arbeitslosen, die ALG I empfangen, sind sie die endgültigen VerliererInnen, denn sie sind zumeist langzeitarbeitslos, und damit ist der Schritt zur Unterstellung der Arbeitsunwilligkeit nicht mehr groß. Einfacher als ein den Tatsachen entsprechendes differenziertes Bild ist die pauschale Etikettierung mit Eigenschaften, die sich medial besser verkaufen lässt als komplizierte Sachverhalte.

3.1 Der typische „Hartz-IV-Empfänger“

Wer ist nun der typische ALG II-Empfänger? In Wirklichkeit ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Zunächst einmal sind das die etwa 4,6 Mio. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die originär ALG II erhalten. Darüber hinaus sind das aber auch ca. 1,8 Mio. sog. „nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte“, sprich v. a. Kinder - das ist ein Viertel aller Hartz-IV-BezieherInnen, die durch die Bedürftigkeit ihrer Eltern das sog. Sozialgeld empfangen, also einen je nach Alter abgesenkten ALG-II-Satz.¹⁰ Insgesamt beziehen also etwa 6,5 Mio. Menschen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

¹⁰ Vgl. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html>

In der öffentlichen „Schusslinie“ stehen jedoch die „originären“, erwerbsfähigen ALG II-EmpfängerInnen. Das sind ca. 2 Mio. Menschen, die tatsächlich arbeitslos sind, zwar als arbeitsfähig eingestuft, aber nicht erwerbstätig. Das sind aber auch z. B. 1,3 Mio. Menschen, die arbeiten (davon ein Drittel, also 440.000 sogar in Vollzeit), deren Lohn aber zum Lebensunterhalt nicht ausreicht und die zusätzlich ALG II beziehen - mehr als ein Viertel der „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ sind also sog. „AufstockerInnen“. Das sind alleinerziehende Mütter, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden, oder Menschen, die ihre Angehörigen pflegen (5 % aller LeistungsbezieherInnen). Das sind ältere Menschen, die trotz diverser Beschäftigungsprogramme auf dem Arbeitsmarkt als nicht mehr vermittelbar gelten. Menschen im Vorruhestand (4%). Menschen, die nicht nur „zu alt“, sondern in Folge von jahrelanger Überbelastung einfach auch zu krank für ihren erlernten Beruf sind, wie z. B. oftmals Pflegekräfte (4 %). Das sind auch Schüler und Auszubildende (5 %).¹¹ Das sind junge Menschen, die von einem Berufsvorbereitungskurs ins nächste Bewerbungstraining gestopft werden, um sie aus der Arbeitslosenstatistik rauszuhalten und sie zu beschäftigen – egal, ob sinnvoll oder nicht. Das sind Menschen, die als „PraktikantInnen“ ausgenutzt werden. Das sind Menschen, bei denen dringendere Probleme als die Arbeitslosigkeit zu bewältigen sind, bspw. psychische Krisen, Alkoholsucht oder Wohnungslosigkeit. Das sind Menschen in strukturschwachen Regionen, wo es durch Wegfall oder Arbeitsplatzabbau in vormals ansässigen Arbeitssektoren (Bergbau, Landwirtschaft) schlichtweg keine Jobs gibt. Das sind die typischen WendeverliererInnen. Das sind Menschen, die man als „benachteiligt“ oder „sozial benachteiligt“ bezeichnet, für die es in unserer Informations- und Wissensgesellschaft, die immer weniger einfache Tätigkeiten braucht, keine passenden Beschäftigungsmöglichkeiten mehr gibt. Menschen, die sich im System nicht (mehr) zurecht finden oder gar mit ihm abgeschlossen

¹¹ Vgl.

http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2011/heft_nr_4_april_2011/detail/artikel/hartz-iv-regelsaetze-am-existenzminimum-vorbei/

haben.¹² Das sind auch Menschen, die nicht umziehen wollen in andere Städte oder Bundesländer, um dort einer Arbeit nachzugehen und die dafür ihr hiesiges soziales Umfeld aufgeben müssten, das sie sich in Jahrzehnten mühsam aufgebaut haben und in dem sie und ggf. ihre Kinder verwurzelt sind. (Solche Werte werden unter dem Diktat der Arbeit anscheinend als austauschbar, sentimental, unmodern oder irrelevant betrachtet und das Arbeitsnomadentum als logische weitere Entwicklungsstufe.) Das sind insgesamt eben die mindestens zwei Millionen Menschen zuviel, für die kein offener Arbeitsplatz zur Verfügung steht (vgl. Punkt 2.1 „Arbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Zahlen“). Alle diese Menschen über einen Kamm zu scheren, wird den Tatsachen nicht gerecht. Andererseits muss eine Schlagzeile ansprechend, einfach und eingängig sein.

Was daher u. a. in der Öffentlichkeit geschieht, ist, ALG-II-EmpfängerInnen gegen GeringverdienerInnen auszuspielen, mit dem Argument, dass eine soziale Hilfe nicht höher sein könne als ein Arbeitslohn.¹³ Richtig ist in dem Zusammenhang, dass das Lohnabstandsgebot seine Berechtigung hat und dass Löhne in manchen Branchen oder konkreten Arbeitsverhältnissen zu niedrig sind. Falsch ist es aber, niedrige Löhne zu monieren und dann aber nicht diese zu bekämpfen, sondern an einer ganz anderen Schraube drehen zu wollen, die den GeringverdienerInnen keinen höheren Lohn bescheren würde: nämlich ein Existenzminimum, das sich an der Würde des Menschen und dem Sozialstaatsprinzip zu orientieren hat, an irgendwelchen Hungerlöhnen auszurichten.¹⁴ Mit einer solchen Argumentation setzt man eine Abwärtsspirale in Gang und verschiebt die Problemursache auf die ALG-II-EmpfängerInnen, obwohl sie

¹² Wie die Studie der Arbeitslosen von Marienthal zeigte: ein beträchtlicher Teil der über lange Zeit Arbeitslosen resigniert und wird hoffnungslos bis apathisch.

¹³ Cem Özdemir von den Grünen bezeichnet das als Erzeugung einer Missgunstdebatte. In <http://www.n-tv.de/politik/Weder-Faulenzer-noch-Betrueger-article743098.html>

¹⁴ Vgl. Christine Hohmann-Dennhardt, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum sozialstaatlichen Existenzminimum, 2010

beim Lohndumping u. a. durch Leiharbeit, Zeitarbeit und prekärer Beschäftigung liegt.

Das ist eines der größten Themen in der öffentlichen Diskussion: die Regelsätze und ob diese zu hoch oder zu niedrig sind. Damit verbunden ist die Diskussion über eine angemessene Lebensweise bzw. welche Ausgaben überhaupt zu finanzieren und EmpfängerInnen staatlicher Leistungen zuzugestehen sind. Welchen Lebensstandard soll die öffentliche Hand und damit die Gesamtheit aller Arbeitenden den Nicht-Arbeitenden gewähren? Hier stehen sich ALG-II-EmpfängerInnen und ArbeitnehmerInnen generell (nicht nur GeringverdienerInnen) gegenüber. Oft geht es in der öffentlichen Berichterstattung außerdem um Leistungsmissbrauch, und die Häufigkeit und Ausschlichtung entsprechender Beispiele geschieht ausschweifend und steht in keinem Verhältnis zum realen Vorkommen. Damit lässt sich aber polarisieren und somit Auflage machen.

3.2 Thema Regelsätze und Lebensweise

Über die Regelsatzhöhe wird seit der Einführung von Hartz IV 2005 immer wieder diskutiert, vor allem auch öffentlich diskutiert, was ein Mensch brauchen darf. Vornehmlich von denen, die sich weit mehr leisten können. Der Regelsatz bildet das Existenzminimum ab, das der Staat ausgehend von der Achtung und dem Schutz der Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot zu gewährleisten hat (Art.1 Abs.1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG).¹⁵ Was genau der Regelsatz alles beinhaltet, ist politische Aushandlungssache und wird von unterschiedlichen Stellen unterschiedlich hoch angesetzt, von der legislativen Politik weit niedriger als z. B. von Seiten der Wohlfahrtsverbände, anderer sozialer Institutionen oder linker Kreise.¹⁶ Der Regelsatz setzt sich zusammen aus Cent-genau kalkulierten Kosten für die Lebenshaltung, wobei auch die einzelnen Bereiche der Lebenshaltungskosten Kürzungen und Wegfall unterworfen sind. So wurden bei der letzten Erhöhung des Regelsatzes Anfang 2011 um fünf

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2010_11_24_3_diakonie_hartz_4.html - EKD fordert min. 433€

auf 364 Euro (für Alleinstehende, alle anderen weniger), die nicht einmal die regelsatzrelevante allgemeine Preissteigerung abdeckte, u. a. Kosten für Zigaretten und Alkohol gestrichen. Außerdem benötigen arbeitslose Menschen grundsätzlich keine Schnittblumen, der Anteil dafür wurde ebenfalls herausgestrichen. Mit der Festlegung der Regelsätze wird insgesamt nicht nur ein Geldbetrag bestimmt, sondern gleichzeitig eine Argumentation implementiert, was ein Mensch, der auf Kosten der Allgemeinheit lebt, brauchen darf und was er sich als nicht notwendigen Luxus nicht leisten soll. Zur Erinnerung: die Regelleistung soll als Existenzminimum, das an der Würde des Menschen anschließt, nicht nur das reine physische Überleben sicherstellen, sondern auch eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Neben der Regelsatzdiskussion sind ALG-II-EmpfängerInnen weiteren bevormundenden und distanzlosen Diskussionen ausgesetzt, die über sie und ihre Lebensweise geführt werden. Durch die Medien ging z. B. im März 2011 die Sachlage in Nordrhein-Westfalen, wo Hartz-IV-EmpfängerInnen nicht an Sportwetten teilnehmen durften, da lt. Glücksspielstaatsvertrag u. a. Menschen mit geringen Einkünften vor Glücksspielen geschützt werden müssten.¹⁷ Ähnlich kann man sich wohl die Argumentation bei den Posten Alkohol und Zigaretten vorstellen. Ein anderes aktuelles Beispiel ist die verquere Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD): Vor dem Hintergrund der übereilten Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst wollten CDU-VertreterInnen im April 2011 Hartz-IV-EmpfängerInnen für den BFD „heranziehen“ und sie so „qualifizieren“. Ihnen „...sollte zugemutet werden können, auch in Alten-, Pflegeheimen und Krankenhäusern zu arbeiten, um mögliche personelle Engpässe zu überbrücken“, da das Prinzip des Förderns und Forderns nach wie vor nicht funktioniere.¹⁸ Auch von der Bundesagentur für Arbeit gab es im Mai eine Pressemitteilung, wonach es dreimal mehr arbeitssuchende PflegerIn-

¹⁷ Vgl. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-03/lotto-hartz-gluecksspielverbot>

¹⁸ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/hartz-iv-empfaenger-sozialdienst>

nen gibt als offene Stellen, verbunden mit dem Appell, auch Hartz-IV-EmpfängerInnen einzustellen. Heinrich Alt spricht hier aber v. a. Vorurteile gegenüber Hartz-IV-EmpfängerInnen an, die deren Vermittlung erschweren, und betont, dass gerade für den Beruf der Pflege eine bewusste Entscheidung nötig sei und dass man „... nicht hinein entschieden werden...“ kann.¹⁹ Der Vorschlag der CDU-VertreterInnen zielt hingegen auf das Stopfen kurzfristig aufgerissener Löcher mithilfe sowieso vorhandener „Überkapazitäten“. Das hat mit einer individuell sinnvollen Eingliederung in Arbeit nichts zu tun, genauso wenig wie mit strukturierten Plänen für die Beseitigung von Missständen. Wo die Freiwilligkeit bleibt und ob bei diesem Vorschlag nicht der BFD als Arbeitsmarktinstrument missbraucht würde, ist zu fragen. Dieser Vorschlag ist nicht der erste und sicher auch nicht der letzte Schlag in diese Richtung und zeigt die Sichtweise auf Arbeitslose nach dem Motto: wenn die eh nichts zu tun haben, sollen sie doch - oder gar müssen sie - das Nötige verrichten.

3.3 Thema Vorurteile und Leistungsmissbrauch

Am obigen Beispiel ist das Thema „Vorurteile“ bereits angesprochen. Das gängigste ist wohl: „Die wollen nicht arbeiten“. Das trifft auf einen kleinen Teil mit Sicherheit zu: auf Menschen, die vielleicht gute Gründe dafür haben, aber auch auf die berühmten schwarzen Schafe, die es in jedem Bereich gibt und die medial ausgeschlachtet werden, da sie eine auflagenstarke Story liefern. Diese Vorurteile sind allerdings angesichts der 1,3 Mio. AufstockerInnen und dem schlichten Überangebot an Arbeitskräften andererseits ziemlich schnell zu widerlegen. Dass sie sich so hartnäckig halten, kann z. B. daran liegen, dass gerade die, die für wenig Geld arbeiten, sich abheben wollen von der untersten Schicht. Sie sind nicht die Letzten, es gibt welche, auf die sogar sie hinabsehen können. Und nicht nur die, denn mit der Zunahme prekärer Beschäftigung steigt das Risiko für Unsicherheit, Armut und Arbeitslosigkeit auch bei bisher sicher geglaubten Gruppen wie dem Mittelstand oder höher Gebildeten.

¹⁹ Bundesagentur für Arbeit – BA-Pressedienst, BA-Presseinfo Nr. 24: Wer pflegt uns in Zukunft? Potenziale der Grundsicherung nutzen!, 11.05.2011

Dieser Effekt wird medial bzw. politisch forciert und funktionalisiert, denn Sozialleistungsmissbrauch ist aus politischer Sicht ein gutes Argument für weitere Kürzungen in diesem Bereich und restriktivere Kontrollen bzw. Sanktionen. Mithin kann dadurch die Schuld am Versagen in puncto Arbeitsmarktpolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgewälzt werden von den politisch Verantwortlichen hin zu denen, die ja offensichtlich nicht arbeiten (Blaming-the-Victim-Strategie), sondern den Wohlfahrtsstaat und damit die Allgemeinheit vorsätzlich schädigen. Das tatsächliche Ausmaß des Sozialleistungsmissbrauchs ist dabei äußerst gering und wird auf 3 % geschätzt, was eine pauschale Vorverurteilung aller EmpfängerInnen nicht rechtfertigt. Vergleicht man den monetären Schaden durch Sozialleistungsmissbrauch mit dem durch Steuerhinterziehung oder Subventionsbetrug, so beträgt er 6 %, ²⁰ ist also vergleichsweise äußerst gering, sodass die Verwendung dieses Arguments bei politischen Diskussionen lächerlich erscheint. Der Effekt ist jeweils der gleiche: dem Sozialstaat wird Geld entzogen, das er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, in dem einen Fall wenig, in den anderen weitaus mehr. Allerdings sind die „GegnerInnen“, die Arbeitslosen, nicht so wehrhaft, verfügen über keine so starke Lobby wie die Wirtschaft bzw. große „betrügende“ Unternehmen, sodass sie dementsprechend öffentlich leichter angeklagt werden können. Wenn man dazu noch die verdeckte Armut rechnet, also die Schätzung, wonach nur 50 % der Anspruchsberechtigten tatsächlich ihnen zustehende Sozialleistungen überhaupt in Anspruch nehmen, weil sie an gesellschaftlichen oder administrativen Schwellen scheitern oder schlichtweg nicht wissen, was ihnen rechtlich zusteht, wird das Ausmaß des Sozialleistungsmissbrauchs sogar übertroffen von „Geschenken“ an den Staat durch nicht beanspruchte Leistungen.²¹

²⁰ Vgl. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

²¹ Vgl. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

4. Darstellung in den Medien

Die öffentliche Meinung wird gemacht und beeinflusst von Medien, vorrangig Massenmedien wie auflagenstarke Zeitungen oder beliebte Fernsehsendungen. Was wann wie oft und wie dort berichtet wird, Sachverhalte dargestellt werden und sich Personen des öffentlichen Interesses – also auch PolitikerInnen – dort äußern, ist meinungsbildend für einen großen Teil der Bevölkerung.

4.1 Einfluss der Politik

Zu gerade letzterem Punkt gibt es z. B. eine interessante Ansicht von Kurt Beck (SPD), der das legale Ausschöpfen eines Rechtsanspruchs, also gesetzlicher Möglichkeiten auch im Bereich der Sozialleistungen, 2006 kritisierte mit „Man muss nicht alles rausholen, was geht“ und dabei ManagerInnen, die trotz großer Unternehmensverluste Millionenabfindungen bekämen, als schlechte Vorbilder ansieht.²² Allerdings geht es bei Hartz IV um Beträge im Bereich des Existenzminimums! Diese ermöglichen keinen Luxus, sondern haben den gesetzlichen Auftrag zur Deckung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Das ist die Intention des Gesetzgebers, wenn er Ansprüche schafft. Zu kritisieren wären nach Becks Theorie - und tatsächlich bezog er seine Kritik nicht ausschließlich auf EmpfängerInnen sozialer Leistungen - dann auch alle diejenigen, die einen Steuerberater damit beauftragen, ihre Steuererklärung zu machen mit dem Ziel, so viel wie möglich Steuern zu sparen, also Geld dem Gemeinwesen zu entziehen und sich selbst von einer ganz anderen Höhe gemessen Vorteile zu verschaffen.

Generell gilt es in der Darstellung neben der inhaltlichen Perspektive und den entsprechenden Argumenten auch die äußere, v. a. die sprachliche Form zu beachten. Diese hat sich genau wie die inhaltliche Übersteigerung von z. B. Leistungsmissbrauch ebenfalls verschärft, wenn bspw. von „Sozialschmarotzern“ die Rede ist, so wie in einer Schlagzeile der Bild-Zeitung

²² Vgl. http://www.welt.de/print-welt/article221925/Man_muss_nicht_alles_rausholen.html

vom 17.10.2005 auf der Titelseite: „Die üblen Tricks der Hartz-IV-Schmarotzer! ... und wir müssen zahlen“.²³ Wichtig hierbei: die Bild-Zeitung ist die auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland, ihr Online-Auftritt die meistgenutzte Nachrichten-Website und somit zuvorderst relevant für die öffentliche Meinungsbildung. Begrifflichkeiten wie „Schmarotzer“ erinnern an die biologisch motivierte Argumentation und Verunglimpfung der Juden als Parasiten durch die Nationalsozialisten und sind nicht zuletzt deshalb bedenklich. Überdies wird damit ein Menschenbild suggeriert, in dem es offenbar unmoralische Teile der Gesellschaft gibt, die bekämpft werden müssen, da sie nur Schlechtes bringen und brave ArbeiterInnen um ihr rechtmäßiges Geld betrügen. Es wird eine Feindlichkeit kreiert und eine Gegensätzlichkeit von Guten und Bösen, „Wir“ (als ob diese alle gleich wären, auf jeden Fall gehören die LeserInnen wohl dazu) und die Anderen (potenziell alle ALG-II-BezieherInnen).

Inhaltlich befand sich die Bild-Zeitung damit allerdings auf Regierungskurs, denn sie griff hiermit einen Bericht des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums auf, im Zuge dessen der damalige Minister Wolfgang Clement (SPD) die Missbrauchsquote bei ca. 20 % festsetzte und in welchem tatsächlich von „Parasiten“ die Rede ist.²⁴ Sozialdemokratische staatliche Würdenträger und Ministerien stellen 70 Jahre nach Ende der menschenverachtenden NS-Zeit Menschen auf eine Stufe mit Parasiten. Lebewesen, die sich egoistisch, rücksichtslos und ausschließlich von anderen ernähren, die nichts anderes können. Zur damaligen Zeit befanden sich die CDU/CSU und SPD in Koalitionsverhandlungen miteinander und mussten im Haushalt Milliardenbeträge einsparen. Man kann vermuten, dass die losgetretene Medienkampagne zur Rechtfertigung dienen sollte. Trotz gegenteiliger Meldungen der Bundesagentur für Arbeit über tatsächlich sehr geringen potenziellen (!, nicht bewiesenen) Missbrauch i.H.v. unter 3 % wur-

²³ Vgl. http://www.grundrisse.net/grundrisse31/organisation_sozialen_krieges.htm

²⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung, 2005, S.10

den die schlimmsten Fälle in der Bild-Zeitung beispielhaft dargestellt, als Spitze des Eisbergs, nicht als kuriose Ausnahmen.

Einige Fachleute und Beobachter, insbesondere Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen, sehen hier den Beginn einer Kampagne, einer „Großoffensive der Verfolgungsbetreuung“, also einen verstärkten Druck durch überhohe Anforderungen an Arbeitslose mit entsprechender Sanktionsfolge.²⁵ Tatsächlich sieht der Ministeriumsreport in verschärften Kontrollen und Strafen die Medizin, deren Wirkung, nämlich Einsparungen, eher der Anlass des Ganzen waren.²⁶ Aufspringend auf diesen Zug berichtete damals auch der Spiegel als vermeintlich etwas seriöseres Blatt als die Bild-Zeitung: „Hartz IV: Das Spiel mit den Armen. Wie der Sozialstaat zur Selbstbedienung einlädt“.²⁷ Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass die tendenziöse und diffamierende Berichterstattung ausging und forciert wurde von staatlicher, genauer von Regierungsseite und dass die Medien benutzt wurden und sich benutzen ließen zur Stimmungsmache, letztlich zur Legitimation von Einsparungen und Kürzungen. An dieser Stelle kann man die Frage aufwerfen nicht nur nach der Verantwortung der Politik, sondern auch nach der Macht und Verantwortung der Medien, die auch sie haben im Bezug auf Werte und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sollen die Wirklichkeit abbilden, das beinhaltet auch eine nicht verzerrte und nicht einseitige Berichterstattung. Aber auch hier kommt der ökonomische Aspekt ins Spiel: „good news is no news“ und Auflage macht man eher mit „bad news“.

Neben Inhalt und Sprache spielen auch Häufigkeit der Berichterstattung, Platzierung zeitlich und bei Druckerzeugnissen örtlich im Gesamtblatt inkl. z. B. Größe der Überschrift und einprägsame Bilder eine große Rolle. Wenn bspw. die Bild-Zeitung mit einer riesigen Überschrift auf der Titelseite aufmacht, womöglich regelmäßig zum gleichen Thema bzw. zu ähnli-

²⁵ Vgl. Christoph Butterwegge, Die Krise und Zukunft des Sozialstaates, S. 307 ff.

²⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung, 2005, S.24 ff.

²⁷ Vgl. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

chen Themen, hat das eine Wirkung. Sie berichtet in großen Schlagzeilen regelmäßig über Hartz IV-Themen. Am 18.04.2011 eröffnete sie z. B. mit der Schlagzeile „Hartz IV-Schande – noch nie mussten so viele Stütze-Empfänger bestraft werden“. Weiter im Text: „Sie weigern sich, einen Job anzunehmen, gehen einfach nicht zu Terminen bei der Arbeitsberatung oder verprassen ihr Ersparnis, um mehr Hartz IV zu bekommen.“ Der Vize-Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Fuchs wird passend zur Gesamteinstellung der Nachricht zitiert: „Angebotene Arbeit muss angenommen werden“.²⁸ Sprachlich fallen auf: „Schande“, „mussten bestraft werden“, „gehen einfach nicht zu Terminen“, „verprassen ihr Ersparnis“. Inhaltlich bleiben Hintergründe bzw. Gründe unerwähnt, z. B. die Tatsache, dass es in JobCentern durchaus interne Anweisungen zur Erreichung von Sanktionsquoten gibt oder tatsächlich schlecht beraten wird. Auf der Bild-Homepage wird am Ende einer weiteren Abhandlung zum Thema, das fünf persönliche Beispiele für Kürzungen nennt, gefragt: „Der Hartz-IV-Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen liegt derzeit bei 364 Euro im Monat – plus Miete. Kann die Gemeinschaft dafür nicht auch Gegenleistungen verlangen?“²⁹ Die Frage und die Auswahl und Beschreibung der Beispielfälle suggeriert die Antwort JA. Beispielhaft werden Pro- und Contra-Lesermeinungen gedruckt. Die Meinung der Leserschaft sei insgesamt geteilt. Einige Tage zuvor wurde von der Bild-Zeitung berichtet: „Immer mehr Hartz IV-Empfänger werden beim Schummeln erwischt, 2010: 60 000 neue Fälle“. Die insgesamt knapp 230.000 Fälle machen nach wie vor etwa 3 % aller Leistungsberechtigten aus, also sehr wenig, was der Artikel nicht in Relation stellt. Am Ende des Berichts wird erwähnt, dass die Hälfte der Klagen von Hartz IV-EmpfängerInnen erfolgreich ist.

4.2 Ausgewählte Zitate und Darstellungen

4.2.1 Zitate von PolitikerInnen

²⁸ <http://www.bild.de/politik/inland/hartz-4/die-haeufigsten-hartz-iv-strafen-17488766.bild.html>

²⁹ <http://www.bild.de/politik/inland/hartz-4/so-dreist-sind-stuetze-empfaenger-17498216.bild.html>

Soziale Hängematte

Verbreitet hat sich u. a. der Ausdruck der „sozialen Hängematte“. Als Anfang des Jahres 2010 FDP-Politiker wie Guido Westerwelle ein härteres Vorgehen gegen arbeitsunwillige Hartz-IV-BezieherInnen forderten, widersprach Heinrich Alt, Vorstand der BA, mit Verweis auf Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), „...dass sich die wenigsten in die soziale Hängematte legen möchten“ und Arbeitssuchende zu Zugeständnissen wie geringerem Lohn oder niedrigqualifizierten Tätigkeiten bereit seien.³⁰ Ein Viertel aller Hartz-IV-BezieherInnen scheidet jährlich aus dem Bezug wieder aus, dabei verdient knapp jeder Zweite weniger als 7,50 Euro brutto pro Stunde. IAB-Forschungsbereichsleiter Dr. Trappmann vermutet dabei machtpolitische Motive: „Da möchte sich eine Partei positionieren... das Thema eignet sich, um Wahlkampf zu machen“.³¹

Kein Recht auf Faulheit

Bereits 2001 forderte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ein härteres Vorgehen gegen arbeitsunwillige Erwerbslose mit den Worten "Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft." Wer arbeiten könne, aber nicht wolle, könne nicht mit Solidarität rechnen, sagte er gegenüber der Bild-Zeitung.³²

³⁰ Vgl. http://www.focus.de/finanzen/news/bundesagentur-vorstand-arbeitslose-suchen-keine-soziale-haengematte_aid_481885.html

³¹ Vgl. <http://www.tz-online.de/aktuelles/politik-wirtschaft/tz-wie-bequem-soziale-haengematte-638771.html>

³² <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,126811,00.html>

Spätrömische Dekadenz

Im Zuge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen prägte Guido Westerwelle Anfang 2010 den Begriff der "spätrömischen Dekadenz", zu der derjenige einlade, der dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht. Gleichzeitig kritisierte er die Missachtung des Leistungsgedankens. Der Begriff wird seither dafür verwendet, das Leben von Arbeitslosen zynisch als ausschweifend und bequem zu beschreiben.

Waschen und rasieren

Ende 2006 entgegnete Kurt Beck einem Arbeitslosen bei einem Wortgefecht auf dem Weihnachtsmarkt, er müsse sich nur waschen und rasieren, dann habe er in drei Wochen einen Job.³³ Es folgte ein großes Echo in den Medien, der Mann rasierte sich, lehnte aber die Jobangebote, die dann von Kurt Beck kamen, alle ab. Letztlich bekam er symbolträchtig tatsächlich einen Job bei einem Musiksender. Die Bild-Zeitung berichtete über Henrico Frank als frechsten Arbeitslosen Deutschlands.

Kalt duschen und Pullover anziehen

Durch alle Medien gingen 2008 bis 2010 die Äußerungen von Thilo Sarrazin, die er u. a. in seinem sehr erfolgreichen Buch „Deutschland schafft sich ab“ auch verschriftlichte. Seine Thesen bezogen sich v. a. auf MigrantInnen und Arbeitslose, darunter: Hartz-IV-EmpfängerInnen hätten es gerne warm und regulierten häufig die Temperatur mit dem Fenster, die TürkInnen eroberten Deutschland durch höhere Geburtenraten oder: jemanden, der nichts tut, müsse er auch nicht anerkennen. Da das kleinste Problem von Hartz-IV-EmpfängerInnen seiner Ansicht nach das Untergewicht sei, erstellte er außerdem einen gesunden und vollwertigen Ernährungsplan, für den die vier Euro pro Tag des Regelsatzes ausreichten, und schlug Hartz-IV-EmpfängerInnen vor, kalt statt warm zu duschen, um Warmwasserkosten zu sparen, und sich einen zusätzlichen Pullover anzuziehen, statt sich über hohe Energiekosten zu beschweren. Bei einer Erhö-

³³ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,454389,00.html>

hung des Regelsatzes sah er das Geld in Flachbildschirme und MP3-Player investiert, sodass eine Steigerung für die Binnenkonjunktur keinen Effekt hätte.³⁴

³⁴ Vgl. <http://www.sozialleistungen.info/news/21.11.2008-thilo-sarrazin-hartz-iv-empfaenger-geben-ihr-geld-fuer-flachbildschirme-und-mp3-player-aus/>

Alkohol

Philipp Mißfelder (CDU), Vorsitzender der Jungen Union, stellte im Februar 2008 fest: „Die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze ist ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie“.³⁵ Ebenso war Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsy im Oktober 2008 der Ansicht „Die deutsche Unterschicht versäuft die Kohle ihrer Kinder“.³⁶

Keine Leistung ohne Gegenleistung

Volker Kauder forderte im Mai 2006 als CDU/CSU-Fraktionschef „Wer Hartz IV erhält, darf nicht nur herumgammeln, sondern muss dafür etwas als Gegenleistung erbringen. Und wenn er nur drei, vier Stunden etwas tut.“³⁷

Die Beispiele zeigen, dass hochrangige Politiker mit pauschalen Vorverurteilungen arbeiten. Es gibt natürlich auch gegenteilige Meinungen und Darstellung in den Medien, parteipolitisch z. B. seitens der Grünen oder Linken. V. a. in Talkshows ist das Kräfteverhältnis von „AngreiferInnen“ und „VerteidigerInnen“ meist ausgeglichen, und es gibt im weiten Feld der Druckerzeugnisse, TV-Berichte und Online-Angebote auch hintergründige Darstellungen aus anderen Geisteshaltungen heraus, die das Gesamtsystem kritisch beleuchten und Kausalketten aufdecken. Aber solche Darstellungen sind nicht so prägend wie die „bad news“, da sie meist länger und komplizierter statt plakativ und polemisch sind (sein müssen), und aus einer Verteidigungshaltung heraus argumentieren müssen.

4.2.2 Darstellung von Einzelfällen und Leistungsmissbrauch – Print und Online

Folgende Darstellungen teilweise ähnlicher herausstechender Einzelfälle zeigen, dass das Thema Leistungsmissbrauch immer wieder in den Medien

³⁵ <http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-5>

³⁶ <http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-3>

³⁷ <http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-8>

(meist von denselben) aufgegriffen wird und sich so nach und nach die Meinung festigen kann, Sozialschmarotzertum und die Betrügermentalität unter LeistungsempfängerInnen seien weit verbreitet. Genutzt werden in den Beispielen u. a. die krasse Gegensätzlichkeit vom dargestellten Luxus-Leben und vermeintlicher Hartz-IV-Armut und die Tatsache, dass sich die meisten LeserInnen der Artikel vermutlich die beschriebene Völlerei nicht leisten können („Sozialneid“).

Florida-Rolf

2003 berichtete die Bild-Zeitung über „Florida-Rolf“, der in Florida gearbeitet hatte und dort erwerbsunfähig geworden war. Das Sozialamt zahlte ihm nach damalig geltender Rechtslage seinen Lebensunterhalt nach Florida.³⁸ Nach der Medienberichterstattung wurde das Sozialrecht in der Frage der Auslandssozialhilfe entsprechend verschärft.³⁹ Anfang 2010, kurz nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den ALG-II-Regelsätzen, berichtete die Bild-Zeitung unter der Überschrift „Was macht jetzt eigentlich ... Hartz-IV-Schmarotzer Florida-Rolf“, dass er derzeit in Berlin lebe und Grundsicherungsrente beziehe, also Rente auf ALG-II-Niveau. Er sei zurzeit niedergeschlagen, da das Amt ihm einen Umzug nicht bezahle, berichtet der Artikel am Ende höhnisch.⁴⁰

Karibik-Klaus

Bild berichtete 2006 über „Karibik-Klaus“, der in den neunziger Jahren Sozialhilfe mit angegebenem Wohnsitz in Berlin bezogen hatte, aber tatsächlich im „Sonnenparadies“ Mexiko lebte.⁴¹ Der Großteil des Betruges war zu Prozessbeginn bereits verjährt, am Ende stand eine Geldstrafe. In einem weiteren Artikel berichtet er der Bild-Zeitung „...lachend, wie er jahrelang die deutschen Behörden betrog... und so auf unsere Kosten ein Luxusleben in der Karibik führte“, derzeit „...drei Appartements... mit wunderschönem Blick auf das Meer“ bewohne und beim Gerichtstermin „irgendwelche Märchen erzählt“ habe.⁴²

Teneriffa-Peter

Unter der Überschrift „Sozialschmarotzer sonnt sich auf den Kanaren“ berichtete die Bild-Zeitung 2008 über den Fortgang des Falles von Teneriffa-

³⁸ Vgl. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Florida-Rolf.html>

³⁹ Vgl. http://www.focus.de/politik/deutschland/nicht-zumutbar_aid_82863.html

⁴⁰ Vgl. <http://www.bild.de/news/2010/florida/was-macht-hartz-schmarotzer-11527162.bild.html>

⁴¹ <http://www.bild.de/news/aktuell/news/sozial-abzocke-karibik-klaus-46656.bild.html>

⁴² <http://www.bild.de/news/aktuell/news/sozialschmarotzer-karibik-klaus-46622.bild.html>

Peter, der auf Teneriffa wohnte, aber wegen seiner Meldeadresse in Deutschland Arbeitslosengeld bezog. Zitiert wird er mit den Worten „Den Staat muss man schädigen“. Gegenübergestellt wird sein erzielter Gewinn aus dem Verkauf seiner Villa i.H.v. 130.000 Euro. Zudem feiere er gern, sein „Prunk-Palast“ wird inkl. Möblierung und Garten ausführlich beschrieben.⁴³

⁴³ Vgl. <http://www.bild.de/berlin/aktuell/sozialschmarotzer/hartz-iv-empfaenger-feiert-auf-la-palma-5712026.bild.html>

Viagra-Kalle

U. a. der Spiegel berichtete 2003 über einen Leistungsempfänger, der infolge eines entsprechenden Gerichtsurteils die Kosten für das Medikament Viagra erstattet bekam.

Arno Dübel

Der laut Bild-Zeitung „frechste Arbeitslose Deutschlands“ wurde 2010 in Zeitungen (v.a. Bild) und im Fernsehen (Talkshows, u. a. bei Kerner und Sandra Maischberger) mehrfach dargestellt bzw. trat auf, auch noch 2011. Er personifizierte quasi das „Parasitentum“ und gab an, nicht arbeiten zu wollen, seit über dreißig Jahren jeden Job zu verweigern und sich krank schreiben zu lassen, wenn er Arbeit angeboten bekäme. Die Bild-Zeitung stellte außerdem entrüstet fest: „Arno Dübel kauft nicht etwa beim Discounter ein, sondern bei Edeka“.⁴⁴ Einem Leistungsempfänger scheint die Wahl nicht frei zu stehen.

Serien

2008 gab es in der Bild-Zeitung eine Serie, die Sozialschmarotzer und „die frechtesten Fälle, die dreistesten Ausreden“ aus der „Klagewelle wegen Hartz IV“ vorstellte. Über „besonders skurrile Fälle“ aus der millionenteuren „Prozess-Wut“ wurde berichtet.⁴⁵ Mithilfe entsprechenden Ausdrucks und unter dem Fokus der „dreistesten Ausreden“ entsteht der Eindruck, Hartz-IV-EmpfängerInnen überzögen die Gerichte mit ungerechtfertigten Klagen, von denen die Hälfte nur deshalb Recht bekommt, weil die Bescheide irgendwie fehlerhaft sind (nicht etwa inhaltlich tatsächlich falsch). Es wird ein Bild von ALG-II-EmpfängerInnen erzeugt, das unverschämten und um keine Ausrede verlegenen PedantInnen und LügnerInnen gleichkommt, die z. B. 1,38 Euro fehlenden Wohnkostenzuschuss im Eilverfahren einklagen wollen oder z. B. als allein lebende Frau die beiden Liege-

⁴⁴ <http://www.bild.de/news/2010/arno/arno-duebel-poebelt-im-tv-bei-kerner-gegen-calmund-11375022.bild.html>

⁴⁵ <http://www.bild.de/news/wirtschaft/frechen/freche-klagen-der-sozial-betrueger-5710468.bild.html>

kuhlen im Doppelbett mit einem Besuch der Nachbarin zum Bibel-Lesen erklärt.⁴⁶

Zur Gegenüberstellung erschien wenige Wochen später in der Bild-Zeitung eine weitere Serie, die Menschen vorstellte, „...die sich lieber abrackern, als Hartz IV zu kassieren“. (Wer Hartz IV „kassiert“, rackert sich offenbar lieber nicht ab) Sie seien „...ehrlich, fleißig und anständig...“.⁴⁷ D. h. die vorgestellten Menschen sind per se immer ehrlich und anständig, also die Guten, das Idealbild eines rechtschaffenen Menschen, den die Allgemeinheit achten kann – und zwar hergeleitet allein aus der Tatsache, dass sie arbeiten. Ein Beispiel war ein Installateur aus Dresden, dessen Alltag ausführlich beschrieben wurde, und der bescheiden ist: als Highlights in seinem Leben zuerst die Familie, dann die Karl-May-Festspiele in Radebeul (bei Dresden) nennt, regelmäßig einen 12-Stunden-Tag hat und niemals ausschläft. Im Zuge seiner Tugend der Bescheidenheit ist er auch - vorbildlich- politisch devot: „Die Verhältnisse kann man nicht ändern“.⁴⁸

4.2.3 Darstellung von Arbeitslosen im Fernsehen - Formatbeispiele

Neben Print- und Onlinemedien tragen v. a. auch Fernsehberichte und -formate zur Meinungsbildung bei. Die Sender konkurrieren um Einschaltquoten und die Auswahl und Schärfe der Fälle kommt vermutlich auch vor diesem Hintergrund zustande. Neben Berichten in bestehenden Sendungen und der Themenbehandlung in Talkshows gibt es eigens für die Darstellung bestimmter Gruppen geschaffene Formate, so z. B. für Familien mit Problemen „Die Super-Nanny“ oder für „schwierige“ Jugendliche „Die strengsten Eltern der Welt“. An den Problemgruppen wird scheinbar ein öffentliches Interesse vermutet bzw. entzünden sich an ihnen Diskussionen. Für SozialleistungsempfängerInnen gibt es ebenfalls eigens konzipierte Sendungen - zwei Beispiele:

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ <http://www.bild.de/news/wirtschaft/stolz/ich-arbeite-hart-fuer-mein-geld-und-bin-stolz-darauf-5736866.bild.html>

⁴⁸ Vgl. ebd.

Gnadenlos gerecht – Sozialfahnder ermitteln

2008 lief bei Sat.1 die Sendung „Gnadenlos gerecht – Sozialfahnder ermitteln“, wo von SozialfahnderInnen einer ARGE Betrugsfälle aufgedeckt wurden. Eine der Fahnderinnen war Helena Fürst, und sie deckte bspw. Fälle auf wie den einer türkischen Familie, die Hartz IV und Wohngeld bezog, gleichzeitig eine Villa in der Türkei besaß, zwei Läden betrieb und einen BMW X5 fuhr. Der Familie wurde das ALG II gestrichen und sie wurde wegen Betruges angezeigt. Helena Fürst rauchte eine Zigarette.⁴⁹

Helena Fürst – Anwältin der Armen

Auf RTL gibt es dagegen die Sendereihe „Helena Fürst – Anwältin der Armen“, mittwochs um 20.15 Uhr zur besten Sendezeit, in der Helena Fürst entrechteten und überforderten Menschen in ausweglosen Situationen als heilsbringende Retterin aus ihrer Not hilft. Sie holt z. B. nicht nur ausstehendes Geld vom ehemaligen Arbeitgeber oder vom JobCenter zurück bzw. hilft, den bestehenden Rechtsanspruch überhaupt erst durchzusetzen, sondern sie verpasst der leidenden und arbeitslosen Ehefrau des ebenfalls arbeitslosen Mannes auch ein komplettes Um-Styling inkl. neuer Frisur, Kleidung und Make-up, sodass diese wieder lachen kann. Sie betätigt sich überdies auch sozialpädagogisch, indem sie den introvertierten, suizidalen Ehemann mehrmals anschreit, er solle seiner Frau nach über zwanzig Jahren Ehe endlich einmal sagen, dass er sie liebe. Das tut er dann auch vor laufender Kamera, beide Eheleute weinen.⁵⁰

Es ist in beiden Formaten dieselbe Helena Fürst.

Arbeitslose Menschen werden in eigens dafür geschaffenen Sendungen nicht nur im Bezug auf ihre Arbeitslosigkeit bloßgestellt. Das erste Format funktionierte nach bekanntem Prinzip: aufsehenerregende Fälle, die beträchtlichen Schaden aufdecken, damit der Bericht spannend ist. Nur, dass diese Fälle wie bei der Bild-Zeitung auch, völlig exotisch sind und mit der

⁴⁹ Sendezeit war mittwochs jeweils ab 21.15 Uhr - direkt nach der Kriminal-Reality-Show "Die Abzocker - das sind ihre Tricks - die fiesen Tricks von Dieben und Betrügern".

⁵⁰ Inhalt der Folge vom 29.06.2011

Wirklichkeit kaum etwas zu tun haben - wie bereits beschrieben, weder in der Schärfe der Vorkommnisse noch in der suggerierten Häufigkeit. Vermittelt wird hingegen der Eindruck, eklatante Betrügereien passierten im großen Stil und seien ziemlich leicht möglich, also: es gibt offensichtlich viele BetrügerInnen unter SozialleistungsempfängerInnen. Die ErmittlerInnen durchkämmen die privaten Wohnungen der Prüflinge, offen gezeigt werden die persönlichen Besitztümer und die Betroffenen müssen sich diese Vorführung ihrer selbst gefallen lassen, schließlich leben sie ja vom Staat. Die KontrolleurInnen personifizieren quasi die Staatsmacht und damit den legitimen Anspruch aller SteuerzahlerInnen auf – wie der Name schon weist – Gerechtigkeit. Um Gerechtigkeit gegenüber den Betroffenen, z. B. die Wahrung ihrer Menschenwürde, geht es dabei nicht.

In der aktuellen RTL-Sendung greift die Diffamierung von HilfeempfängerInnen noch weiter ein in die Privatsphäre, in persönliche Verhältnisse und familiäre Angelegenheiten. Und immer sind die Menschen unfähig, ihre Probleme zu lösen. Ihre vielen Probleme auf allen Ebenen. Sie sind offensichtlich nicht nur arbeitslos, sondern auch noch beziehungsunfähig und unfähig, sich hübsch anzuziehen. Die Richtung ist im Vergleich zum anderen Format zwar die entgegengesetzte, diesmal soll Helena Fürst helfen – eine Bloßstellung und unwürdige Darstellung der Menschen findet aber sogar noch weitergehend statt. Solche Formate finden sich nur bei privaten Sendern, also bei RTL, Sat.1, RTL II. Eine Aufklärung über z. B. rechtliche Zusammenhänge erfolgt in diesen Sendungen nicht.

4.3 Wandel mit dem Zeitgeist

In der Literatur findet sich relativ wenig Material wie z. B. wissenschaftliche Untersuchungen zur öffentlichen Darstellung von Arbeitslosen bzw. Arbeitslosigkeit. Nachvollziehbar scheint mir jedoch eine Sichtweise, die die öffentliche Darstellung sowie die Wahrnehmung und Beurteilung von Arbeitslosen bzw. Arbeitslosigkeit mit dem herrschenden Zeitgeist in Verbindung bringt. In einer Zeit, wo alles ungewiss ist und sich offenbar jeder selbst der Nächste sein muss, schwindet die Solidarität mit anderen. Sie scheint wie ein Luxus, den man sich nur noch schwer leisten kann, und

wenn man es selber so beschwerlich hat, sollen andere nicht „leistungslos“ genauso gut leben.

Zum Wandel der Sichtweise referierte Prof. Dr. rer. pol. Michael Wolf, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz, am 14. März 2009 in Köln unter dem Titel „Der gewollte Feind. Die Geburt des ‚Sozialschmarotzers‘ aus dem Geiste des Staatsrassismus“ u. a.:

„Als Mitte der 1970er Jahre die Arbeitslosigkeit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Millionengrenze überschritt und sich deren Verstetigung auf hohem Niveau allmählich abzuzeichnen begann, galten die meisten Arbeitslosen als ‚echte Arbeitslose mit einem schweren Schicksal‘, denen die Politik durch Maßnahmen zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung zu helfen suchte. Gut 30 Jahre später hat sich der Blick auf Menschen ohne Arbeit gewandelt. Waren vormals die „unechten“ Arbeitslosen, das heißt die Arbeitslosen, von denen angenommen wird, daß sie eigentlich arbeiten könnten, es aber nicht wollten und statt dessen lieber Transfereinkommen beziehen, eine Minderheit, der die ‚echten‘ Arbeitslosen gegenüberstanden, rückten nunmehr in Politik und Medien und zunehmend auch in der Wissenschaft die Arbeitslosen als Menschen in den Vordergrund, denen es nicht an Arbeit fehle, sondern die etwas erhielten, das ihnen an und für sich nicht zustünde: nämlich staatliche Unterstützungsleistungen.“⁵¹

5. Fazit

Medial findet eine Diffamierung von Arbeitslosen bzw. Hartz-IV-EmpfängerInnen statt. Jedoch gerade der Wandel der Arbeitsverhältnisse und Erwerbsbiographien weg von der Sicherheit hin zur Unsicherheit und Brüchigkeit kann zu einer Solidarität von Arbeitenden und Arbeitslosen führen, denn immer mehr Menschen sind im Laufe ihres Lebens irgend-

⁵¹ http://www.grundrisse.net/grundrisse31/organisierung_sozialen_krieges.htm

wann einmal auf Unterstützungsleistungen angewiesen, sodass es aus dem eigenen Erleben heraus ein Verständnis für die Situation von HilfeempfängerInnen geben müsste. Und auch der Status der GeringverdienerInnen oder der MittelschichtlerInnen, die noch nie arbeitslos waren, ist ja in vielen Fällen wackelig.

Was zu wünschen wäre, ist eine größere öffentliche Präsenz der „VerteidigerInnen“. Der Vorteil diffamierender Polemik ist ja ihre Einfachheit im Gegensatz zur komplexeren Wirklichkeit. Daher braucht es mehr einfache und eingängige Gegendarstellungen. Insbesondere auch offensiv, und nicht immer nur im Lichte von Verteidigung und Ausrede. Die Bild-Zeitung z. B. als nun mal auflagenstärkste und damit wichtige Tageszeitung verwendet einfache Beispiele. Wollte man genauso vorgehen, müssten Betroffene zunächst einmal verinnerlichen, dass sie eben nicht individuell Schuld tragen, um ein Selbstbewusstsein für die eigene Darstellung zu entwickeln. Wichtig ist dabei die Einordnung in den Gesamtzusammenhang, den ohnehin alle spüren, nämlich dass die Menschen zunehmend Spielball globaler Risiken und Entwicklungen werden. Von daher ist die Öffentlichkeitsarbeit - nicht nur in den Medien - von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und entsprechenden Initiativen sehr wichtig. Genauso wichtig ist die persönliche Positionierung in entsprechenden Debatten.

6. Quellenverzeichnis

Literatur, Veröffentlichungen

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Suhrkamp Verlag, 1986

Borchert, Jürgen: Wir haben das Schlimmste noch vor uns, in: Freilaw – Freiburg Law Students Journal, 2/2009

Bundesagentur für Arbeit – BA-Pressedienst, BA-Presseinfo Nr. 24: Wer pflegt uns in Zukunft? Potenziale der Grundsicherung nutzen!, 11.05.2011

Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht Juni 2011, Nürnberg 2011

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung, 2005

Butterwegge, Christoph: Die Krise und Zukunft des Sozialstaates, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006

Eckert, Andreas: Arbeit und Generation in globalgeschichtlicher Perspektive, in: humboldt-spektrum 2-3/2009,2009 (Forschung zum Thema »Arbeit und Generation in globalgeschichtlicher Perspektive« - Internationales Geisteswissenschaftlichen Kolleg - Projekt des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2008 – 2015)

Hohmann-Dennhardt, Christine: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum sozialstaatlichen Existenzminimum, 2010

Lakemann, Ulrich: Familien- und Lebensformen im Wandel, Verlag Lambertus, 1999

Online (alle Stand 18.07.2011 online abrufbar)

http://www.zeit.de/1996/02/1996_-_das_Jahr_der_Grossen_Koalition_ , Die Zeit, 02/1996

<http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/werdet-hysterisch/>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/vereinte-nationen-ruegen-deutsche-sozialpolitik/4361232.html?pageNumber=1> vom 5.7.2011

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html>

http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2011/heft_nr_4_april_2011/detail/artikel/hartz-iv-regelsaetze-am-existenzminimum-vorbei/

<http://www.n-tv.de/politik/Weder-Faulenzer-noch-Betrueger-article743098.html>

http://www.welt.de/print-welt/article221925/Man_muss_nicht_alles_rausholen.html

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-03/lotto-hartz-gluecksspiel-verbot>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/hartz-iv-empfaenger-sozialdienst>

http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2010_11_24_3_diakonie_hartz_4.html - EKD fordert min. 433€

<http://www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.html>

<http://www.tz-online.de/aktuelles/politik-wirtschaft/tz-wie-bequem-soziale-haengematte-638771.html>

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,126811,00.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,454389,00.html>

<http://www.bild.de/politik/inland/hartz-4/so-dreist-sind-stuetze-empfaenger-17498216.bild.html>

http://www.focus.de/finanzen/news/bundesagentur-vorstand-arbeitslose-suchen-keine-soziale-haengematte_aid_481885.html

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

<http://www.bild.de/politik/inland/hartz-4/die-haeufigsten-hartz-iv-strafen-17488766.bild.html>

http://www.grundrisse.net/grundrisse31/organisation_sozialen_krieges.htm

<http://www.tz-online.de/aktuelles/politik-wirtschaft/tz-wie-bequem-soziale-haengematte-638771.html>

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,126811,00.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,454389,00.html>

<http://www.sozialleistungen.info/news/21.11.2008-thilo-sarrazin-hartz-iv-empfaenger-geben-ihr-geld-fuer-flachbildschirme-und-mp3-player-aus/>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-5>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-3>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-die-unterschicht-versaeuft-die-kohle-ihrer-kinder-1.70975-8>

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13387>

<http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Florida-Rolf.html>

http://www.focus.de/politik/deutschland/nicht-zumutbar_aid_82863.html

<http://www.bild.de/news/2010/florida/was-macht-hartz-schmarotzer-11527162.bild.html>

<http://www.bild.de/news/aktuell/news/sozial-abzocke-karibik-klaus-46656.bild.html>

<http://www.bild.de/news/aktuell/news/sozialschmarotzer-karibik-klaus-46622.bild.html>

<http://www.bild.de/berlin/aktuell/sozialschmarotzer/hartz-iv-empfaenger-feiert-auf-la-palma-5712026.bild.html>

<http://www.bild.de/news/2010/arno/arno-duebel-poebelt-im-tv-bei-kerner-gegen-calmund-11375022.bild.html>

<http://www.bild.de/news/wirtschaft/frechen/freche-klagen-der-sozial-betrueger-5710468.bild.html>

<http://www.bild.de/news/wirtschaft/stolz/ich-arbeite-hart-fuer-mein-geld-und-bin-stolz-darauf-5736866.bild.html>

http://www.grundrisse.net/grundrisse31/organisation_sozialen_krieges.htm

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/10/PD10__384__621,templateId=renderPrint.psml